



AÖL - Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg e.V.

## Wahlprüfsteine zur baden-württembergischen Landtagswahl 2016

### I. Agrarpolitische Leitlinien baden-württembergischer Politik und generelle agrarpolitischen Ausrichtung

Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg wird heute wie in Zukunft maßgeblich durch die Gemeinsame Agrarpolitik der EU bestimmt. Hier wurden mit der Ausrichtung der GAP 2014-2020 in den zurückliegenden Jahren wichtige Rahmenbedingungen beschlossen. Auch in den kommenden Monaten und Jahren wird es erhebliche Spielräume für eine regionale Auslegung der europäischen Vorgaben geben: Im Zuge des nahenden *mid term reviews* stehen auf Landesebene Nachjustierungen des beschlossenen Umsetzungsrahmens unmittelbar bevor.

Als Vertreter des Ökologischen Landbaus stellen wir fest, dass der derzeit gültige „Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum 2014-2020 (MEPL III)“ viele richtige Schwerpunkte umfasst. Dennoch kommen wir zu der Bewertung, dass sich innerhalb des nun gesetzten Rahmens noch erhebliche Optimierungsspielräume bieten, um die von der Gesellschaft geforderte Honorierung der Leistungen des Ökologischen Landbaus im Allgemeinen zu honorieren und die gesellschaftlich geforderten Tierschutz-, Naturschutz-, Klimaschutz- und Umweltsleistungen des Ökolandbaus im Besonderen in eine konsistente Agrarpolitik zu überführen.

Der Ökologische Landbau ist die effizienteste Methode, um gesellschaftliche Ansprüche an die Landwirtschaft hinsichtlich Umwelt-, Natur- und Tiergerechtigkeit und an die Qualität von Lebensmitteln zu erfüllen. Gleichzeitig schafft er zusätzliche Arbeitsplätze – insbesondere im ländlichen Raum. Diese Aspekte sind wissenschaftlich be-

# Öko Landbau

ZUKUNFT  
FÜR UNSERE REGION



**AÖL - Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg e.V.**

legt. Er kann deshalb Leitbildfunktion für die Entwicklung der gesamten Landwirtschaft übernehmen.

1. Welchen Stellenwert und welche Funktion werden Sie in einer möglichen Koalitionsvereinbarung oder in einem möglichen Regierungshandeln dem Ökologischen Landbau zumessen? Durch welche konkreten Maßnahmen und Leitlinien wird Ihre Partei insbesondere eine Bewirtschaftung nach den Vorgaben des Ökologischen Landbaus befördern und die bestehenden Strukturen einer *infant industry* zielgerichtet stärken?
2. Durch welche konkreten Maßnahmen und Leitlinien wird Ihre Partei sicherstellen, dass die gesellschaftlich erwünschte ökologische Ausrichtung der Landbewirtschaftung im Zuge des *mid term reviews* weiter vorangetrieben und durch konkrete Maßnahmen gestärkt wird?
3. Wird Ihre Partei im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln sicherstellen, dass im Zuge des *mid term reviews* Subventionen für Stallneu- beziehungsweise Stallumbauten zukünftig nur noch für besonders artgerechte Tierhaltungssysteme gewährt werden?
4. Vor dem Hintergrund des häufigen Umsteuerns im Bereich der Öko-FAKT-Prämie benötigen unsere Landwirte (und Umstellungsinteressenten) auch zukünftig agrarpolitische Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Bitte legen Sie dar, wie sich Ihre Partei zu der Aussage „Landwirte benötigen Planungssicherheit“ positioniert und wie Sie diese Planungssicherheit innerhalb der laufenden politischen Förderperiode sicherstellen und umsetzen werden.

## **II. Weiterentwicklung des Öko-Aktionsplans „Bio aus Baden-Württemberg**

Konsistente Aktionspläne zur Beförderung des Ökologischen Landbaus werden mittlerweile in vielen Bundesländern entwickelt und umgesetzt. Als Vorreiter kann das

# Öko Landbau

ZUKUNFT  
FÜR UNSERE REGION



**AÖL - Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg e.V.**

bayrische Regierungsprogramm „BioRegio Bayern 2020“ angesehen werden. Es hat sich zum Ziel gesetzt, den Öko-Anbau in Bayern bis ins Jahr 2020 zu verdoppeln. Es greift dabei auf ein Set von wissenschaftlich fundiert erarbeiteter Umsetzungsmaßnahmen zurück. Viele der Elemente dieses Aktionsplans können als Anregung zur Weiterentwicklung des hiesigen – im Jahr 2012 gestarteten – Öko-Aktionsplan „Bio aus Baden-Württemberg“ dienen. Insbesondere von Bedeutung ist die Tatsache, dass die bayrische Landesregierung das Programm mit einem eigenständigen Fördertopf ausgestattet und damit die Umsetzung konkreter Maßnahmen ermöglicht hat.

5. Bitte legen Sie dar, inwieweit Ihre Partei im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln die Implementierung des Aktionsplans „Bio aus Baden-Württemberg“ fortführen und welche expliziten zusätzlichen Maßnahmen Sie dabei umsetzen wird.
6. Bitte legen Sie dar, inwieweit sich Ihre Partei im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln dafür einsetzen wird, den Aktionsplan mit einem notwendigen finanziellen Rahmen auszustatten und welchen konkreten Umfang diese finanzielle Ausstattung Ihrer Meinung nach haben sollte.
7. Durch welche konkreten Maßnahmen werden Sie die Verbände des Ökologischen Landbaus bei der Umsetzung und Weiterentwicklung einbinden bzw. deren Einbezug sicherstellen?

### **III. Ökonomische Rahmenbedingungen und Wettbewerbsgleichheit**

Die Einkommensentwicklung ökologisch wirtschaftender Betriebe wird jährlich mit Hilfe der Daten des deutschen Testbetriebsnetzes (Buchführungsergebnisse von repräsentativ ausgewählten deutschen Landwirtschaftsbetrieben) analysiert. Die Wirtschaftlichkeit wird als zentral beeinflussende Größe für die Entwicklung des Öko-

# Öko Landbau

ZUKUNFT  
FÜR UNSERE REGION



**AÖL - Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg e.V.**

Sektors angesehen. Nach einer Auswertung der Bundesforschungsanstalt Heinrich von Thünen Institut Braunschweig hat sich die Wirtschaftlichkeit des ökologischen Landbaus zuletzt negativ entwickelt: Im Wirtschaftsjahr 2013/14 erzielten die ökologisch wirtschaftenden Testbetriebe im Durchschnitt einen Gewinn plus Personalaufwand je AK in Höhe von 32.709 €, wohingegen der vergleichbare konventionelle Betrieb im Durchschnitt einen Gewinn plus Personalaufwand je AK von 36.255 € erzielt hat. Damit lag das durchschnittliche Einkommen der Öko-Testbetriebe wie bereits im vorhergehenden Jahr unter dem Einkommen der konventionellen Vergleichsbetriebe.

8. Durch welche konkreten Maßnahmen werden Sie im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln die unter den derzeitigen agrarpolitischen Rahmenbedingungen nicht gegebene Wettbewerbsgleichheit zwischen ökologisch und konventionell wirtschaftenden Erzeugerbetrieben herbeiführen und nachhaltig sicherstellen?

#### **IV. Ordnungspolitische Rahmen**

In ihrer umfassenden Studie „Kosten und Nutzen des chemischen Pflanzenschutzes in der deutschen Landwirtschaft aus gesamtwirtschaftlicher Sicht“ analysierten Waibel und Fleischer bereits 1998 die Folgen des Einsatzes von Pestiziden in der deutschen Landwirtschaft. Im Rahmen einer umfangreichen Kosten-Nutzen-Analyse berechneten sie die dadurch entstehenden gesamtwirtschaftlichen Folgekosten. Die Studie wurde seinerzeit durch das Bundeslandwirtschaftsministerium beauftragt. Als wesentliche Erkenntnisse ergaben sich die nachfolgenden Aspekte:

- Der Pestizideinsatz und seine Folgen verursachen erhebliche gesellschaftliche Kosten u.a. durch Gesundheitsbelastungen, Trinkwasserschutzmaßnahmen, Lebensmittelrückstände oder Artenverlust. In Konsequenz wird der gesamtwirtschaft-

# Öko Landbau

ZUKUNFT  
FÜR UNSERE REGION



## AÖL - Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg e.V.

liche Nutzen von Pestiziden als „weniger günstig als bisher angenommen“ beschrieben;

- Die Studie stellte fest, dass der derzeitige gesetzliche und politische Rahmen eine Reduzierung des Pestizideinsatzes nicht erwarten lässt. Ferner schussfolgert die Studie, dass die ordnungsrechtliche Reglementierung sowie Tätigkeit der staatlichen Beratungsdienste die Umsetzung des vom Pflanzenschutzgesetz (PflSchG) geforderten „Integrierten Pflanzenschutzes“ eine Verminderung der Pestizidaufwendungen nicht erreicht.

Waibel und Fleischer kamen bereits 1998 zu der Bewertung, dass die politischen und gesetzlichen Regelungen zu einer Abhängigkeit der Landwirtschaft von chemischen Pflanzenschutzmitteln geführt und die Entwicklung von umweltfreundlichen Alternativen gebremst habe. Im Sinne einer wirkungsvollen Pflanzenschutzpolitik schlugen sie eine Pestizid-Abgabe als Ergänzung zum Ordnungsrecht vor.

Ökologisch wirtschaftende Erzeuger werden häufig in ihrem betrieblichen Wirken durch die unzureichende Gesetzeslage eingeschränkt bzw. müssen die externen Folgekosten tragen. So ergab im Sommer 2015 eine durch das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) Brandenburg beauftragte Studie den Nachweis, dass die Unkrautvernichtungsmittel Pendimethalin und Prosulfocarb sehr weiträumig über thermische Luftbewegungen verbreitet werden. Die festgestellte Belastung liegt 100- bis 1000-fach höher als die Grundbelastung in unbelasteten Referenzgebieten der Nord- und Ostsee. Beide Anwendungsmittel werden im konventionellen Landbau häufig verwendet. Eine weiträumige Pestizidverteilung kann Erntegut so stark belasten, dass es entsprechend der Verordnung über diätetische Lebensmittel (Diätverordnung) in der Folge nicht mehr zur Herstellung von Babynahrung verwendet werden darf. In der Folge des derzeitigen Gesetzesrahmens müssen Bio-Bauern als Leidtragende die externen Kosten des chemisch-synthetischen Pflanzen-

# Öko Landbau

ZUKUNFT  
FÜR UNSERE REGION



**AÖL - Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg e.V.**

schutzes tragen. Weitere vergleichbare Fälle wurden ausführlich durch die Medien bekannt gemacht.

Als Verbände des Ökologischen Landbaus halten wir die Einführung einer Pestizidabgabe für ein probates Mittel, um die derzeit versteckten Kosten nicht weiterhin auf Gesellschaft oder einzelne Erzeuger abzuwälzen. Nach unserer Bewertung reichen die rein ordnungsrechtlichen Regelungen des Pflanzenschutzgesetzes nicht aus, um die schädlichen Auswirkungen durch Pflanzenschutzmittel und damit die Gefährdung und negative Beeinflussung von Umwelt und menschlicher Gesundheit einzudämmen. Angesichts der erheblichen Folgeschäden der aktuellen Pflanzenschutzpolitik fordern wir die Einführung einer Pestizidsteuer. Eine Anknüpfung der Thematik an bestehende Agrarumweltprogramme halten wir dabei für einen geeigneten Ansatz einer ergänzenden Reglementierung.

9. Wird sich Ihre Partei innerhalb der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass im Rahmen der landwirtschaftlichen Erzeugung entstandene externe Schäden und daraus resultierende gesellschaftliche Kosten den Verursachern zugeordnet und diesen angelastet werden (Anwendung des Verursacherprinzips auf den Bereich Landwirtschaft)?
10. Wird Ihre Partei innerhalb der nächsten Legislaturperiode konkret eine Abgabe auf Pestizide vorantreiben und im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln einführen?

In seinem Bericht „Daten zur Umwelt 2015“ fordern die Experten des Umweltbundesamts neben einer Optimierung des betrieblichen Nährstoffmanagements eine standortabgestimmte Bewirtschaftung sowie kleinere Tierbestände. Sie stellen fest, dass die Stickstoffbilanz der deutschen Landwirtschaft noch immer deutliche Überschüsse aufweist und im Jahr 2012 beispielsweise um durchschnittlich 18 kg über dem Zielwert der Bundesregierung von 80 kg/ha lag. Die Ursachen für diese Überschüsse se-

# Öko Landbau

ZUKUNFT  
FÜR UNSERE REGION



**AÖL - Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg e.V.**

hen sie in einer nicht standortgerechten Düngung und einer übermäßigen Konzentration von Tierbeständen, Minderungspotentiale ergäben sich durch eine Optimierung des betrieblichen Nährstoffmanagements, einer standortabgestimmten Bewirtschaftung, der Einsatz geeigneter Nutzpflanzen sowie durch kleine Tierbestände. Sie empfehlen, die bevorstehende Halbzeitbewertung der GAP für Korrekturen zu nutzen.

Der weitaus größte Teil der europäischen Gewässer befindet sich derzeit nicht in dem von der europäischen Wasserrahmenrichtlinie geforderten guten ökologischen Zustand. Die Agrarsubventionen der Europäischen Union gehören dabei immer noch zu den größten Verursachern von Umweltschäden in den europäischen Gewässern: Mittels dieser Zahlungen wird zu einem erheblichen Anteil immer noch eine nicht-nachhaltige Landwirtschaft gestützt, die massive Schädigungen unserer Gewässer nach sich zieht. Die Folgen umfassen unter anderem die fortschreitende Eutrophierung (Überdüngung) von Flüssen, Seen und Küstengewässern, die Verschmutzung von Grund- und Oberflächengewässern (z.B. durch Pestizide), sowie die Schädigung des Klimas (insbesondere auf kohlenstoffreichen Böden und entwässerten Mooren). Im Widerspruch zum Vorsorge- und Verursacherprinzip honoriert die Gemeinsame Agrarpolitik mit ihrer Subventionsausrichtung damit die Schädigung öffentlicher Güter.

Der Ökologische Landbau gilt als ökonomisch schlüssige und kosteneffiziente Wirtschaftsweise, die positive Wirkungen auf eine Vielzahl von Ökosystemleistungen besitzt. Im Rahmen vieler wissenschaftlicher Erhebungen wurde dem Ökologischen Landbau zugeschrieben, dass er insbesondere eine gewässerschonende Form der Landbewirtschaftung darstellt. Projektgebundene Kooperationen zwischen Trinkwasserversorgern und Ökolandwirten (z.B. in der Region München / Mangfalltal und in Leipzig) belegen die deutlich geringeren Gewässerbelastungen sowie die zahlreichen positiven Auswirkungen des Ökologischen Landbaus auf Wasserhaushalt und Ge-

# Öko Landbau

ZUKUNFT  
FÜR UNSERE REGION



**AÖL - Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg e.V.**

wässer. Die Bundesländer sind in der Lage, im Zuge operationeller Programme ihre Agrarförderung um zielgerichtete gewässerschonende Maßnahmen zu ergänzen.

11. Welche konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln ergreifen, um entsprechend des Verursacherprinzips die Kosten für die Aufbereitung des Grundwassers den Verursachern anzurechnen?
12. Inwieweit wird Ihre Partei im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln konkrete Projekte initiieren und ökonomisch ausstatten, um angesichts der punktuell zunehmenden, landwirtschaftlich bedingten Eutrophierung in Baden-Württemberg Grundwasserschutz durch Ökologischen Landbau als gesellschaftlich gefordertes Leitbild voranzutreiben und auf der Fläche anzuwenden?
13. Wird Ihre Partei innerhalb der nächsten Legislaturperiode eine Abgabe auf Stickstoff einfordern bzw. im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln verankern?

## **V. Einsatz für die Gentechnikfreiheit und für den Erhalt von Streuobst**

Der Einsatz gentechnisch veränderter Verfahren wird in der landwirtschaftlichen Erzeugung sowie im Ernährungsgewerbe wird in Baden-Württemberg von der überwältigenden Mehrheit der Verbraucher – aber auch der landwirtschaftlichen Erzeuger – abgelehnt. Konkrete Vorteile für einen Einsatz der Gentechnik sind für das kleinstrukturierte und marktzentrierte Baden-Württemberg bis heute nicht bekannt. Der entsprechende Anbau birgt nicht zu kalkulierende Risiken für Mensch und Natur. Einträge manipulierter Gene in wild lebende Pflanzen wären irreparabel.

14. Bitte legen Sie uns dar wie sich Ihre Partei im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln für eine Vorgabe ein-





**AÖL - Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg e.V.**

setzen wird, um bei der Verpachtung in Landeseigentum befindlicher landwirtschaftlicher Nutzflächen den Anbau gentechnisch veränderter Kultursorten auszuschließen und eine sukzessive Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung einzuleiten.

15. Bitte nehmen Sie Position zur Forderung eines Verbots des Einsatzes glyphosat-haltiger Wirkstoffe auf sämtlichen Landesflächen.
16. Inwieweit wird Ihre Partei im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln die Landesbehörden anweisen, keine Ausnahmegenehmigungen für den Einsatz glyphosathaltiger Hilfsmittel auf Freiflächen zu erteilen?
17. Inwieweit wird Ihre Partei innerhalb der nächsten Legislaturperiode eine Bundesratsinitiative zum Verbot von Glyphosat fordern und diese Forderung unterstützen?
18. Durch welche konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln darauf hinwirken, dass das Qualitätszeichen Baden-Württemberg den Standard „Ohne Gentechnik“ bei sämtlichen ausgelobten Erzeugnissen – insbesondere bei Rind- und Schweinefleisch sowie Milch – schnellstmöglich, spätestens zum 1.1.2017, einführen wird. Bitte legen Sie insbesondere Ihre eigene Position zur Aussage „schnellstmögliche Einführung“ dar.
19. Inwieweit wird Ihre Partei im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln eine gentechnik- und pestizidfreie Produktionsweise zur Vorgabe für die Erzeugung regional erzeugten und unter dem Landesqualitätszeichen QZBW vertriebenen Streuobsts einsetzen?

## **VI. Wirtschaftliches Umfeld**

Rittberger forderte 2015 mittels einer Petition eine „Ökologische Mehrwertsteuerreform für eine Wende bei Nahrung, Verkehr, Energie und Produktherstellung“. Diese

# Öko Landbau

ZUKUNFT  
FÜR UNSERE REGION



**AÖL - Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg e.V.**

sieht eine Staffelung der Mehrwertsteuersätze für Nahrungsmittel entsprechend ihrer Erzeugungsweise vor. Elemente hieraus wurden nachfolgend durch die AÖL aufgegriffen.

Mittels einer Mehrwertsteuerreform, welche sich aufkommensneutral an Nachhaltigkeitskriterien ausrichtet, ließen sich für den Sektor der Nahrungsmittelerzeugung die ökologischen Folgekosten berücksichtigen. Das Ziel eines derartigen Ansatzes wäre es, nachhaltig erzeugte und verarbeitete Produkte weniger zu belasten und dadurch ein dauerhaft wirksames Instrument für besseren Umwelt-, Klima- und Tierschutz sowie faire Arbeitsbedingungen zu verankern. Eine Geringerbesteuerung von Biolebensmitteln mittels einer ökologischen Umsatzsteuerreform (z.B. mittels eines ggü. einem konventionell erzeugten Vergleichsprodukts verminderten Steuersatz) würde die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltiger Erzeugungen und Dienstleistungen erhöhen und es der Ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft ermöglichen, aus dem Status der *infant industry* herauszutreten.

20. Wie positioniert sich Ihre Partei zum Vorschlag einer Ökologischen Mehrwertsteuerreform?

21. Inwieweit wird sich Ihre Partei im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln auf Bundesratsebene für die Umsetzung einer Ökologischen Mehrwertsteuerreform einsetzen bzw. den Ansatz in Ihren Parteigremien vorantreiben?

## **VII. Anpassung der Landesbeschaffungsverordnung**

Seit 1. April 2015 gilt in Baden-Württemberg für Behörden und Betriebe des Landes die beschlossene „Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VwV Beschaffung)“. Diese enthält detaillierte Verfahrensbeschreibungen zur Durchführung von Ausschreibungen und integriert neben anderen

# Öko Landbau

ZUKUNFT  
FÜR UNSERE REGION



## AÖL - Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg e.V.

Grundsätzen der Vergabe soziale (ILO-Kernarbeitsnormen) und ökologische Aspekte im Rahmen der Vergabeverfahren. Sie löst die bisherige Beschaffungsanordnung vom 17. Dezember 2007 (BAO) ab.

Die Verwaltungsvorschrift wurde unter Einbezug des Beirats für nachhaltige Entwicklung der Landesregierung erarbeitet und beinhaltet u.a. Sonderregelungen für die Beschaffung von Papier, für den Lärmschutz und die Luftreinhaltung bei der Beschaffung von mobilen Maschinen und Geräten. Konkrete Vorgaben für den Einsatz ökologischer, regional oder gentechnikfrei erzeugter Lebensmittel blieben zum großen Bedauern der AÖL jedoch unberücksichtigt. In diesem Zusammenhang sei auf die überaus vorbildhafte Beschaffungsvorgaben des Staatsministeriums verwiesen, die diesbezüglich eine konsequente Linie verfolgt.

Generell gilt es als wissenschaftlich erwiesen, dass öffentlichen Einrichtungen eine Leitbildfunktion bei der Beförderung neuer Ansätze auch im Bereich der Nahrungsmittelverwendung zukommt. Städte wie Wien oder Kopenhagen, aber auch die dänischen Streitkräfte, nutzen diese Vorbildfunktion, indem sie einen Mindesteinsatz ökologisch erzeugter Produkte für ihre Speisepläne festgesetzt haben. In allen Beispielen ist es gelungen die Lieferstrukturen zu verstetigen und damit eine verlässliche Absatzschiene für regionale Bio-Erzeuger zu etablieren. Zu erwähnen gilt es in diesem Zusammenhang, dass sich die entstehenden Mehrkosten durch die Verwendung ökologischer Erzeugnisse durch eine geschickte Organisation und eine optimierte Logistik wieder einsparen lassen, sodass keine Mehrkosten gegenüber konventionellen Vergleichsangeboten entstehen. Es ist dabei unbestritten, dass die Einführung ökologischer Mindestanteile oder Komponenten flankierend durch Image-fördernde Maßnahmen und / oder Informationsangebote begleitet werden müssen, um erfolgreich zu sein.

# Öko Landbau

ZUKUNFT  
FÜR UNSERE REGION



**AÖL - Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg e.V.**

22. Inwieweit wird Ihre Partei im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln die beschlossene Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Vergabe öffentlicher Aufträge um konkrete Vorgaben zu einem Mindestanteil ökologisch erzeugter Komponenten vorantreiben?
23. Inwieweit wird Ihre Partei im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln die beschlossene Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Vergabe öffentlicher Aufträge um den Standard „Ohne Gentechnik“ ergänzen?
24. Wird Ihre Partei im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln die Umstellung der in Landeseigentum befindlichen Einrichtungen des Außer-Haus-Verzehrs umsetzen bzw. einen Mindestanteil ökologisch erzeugter Produkte in den Speiseplänen verankern?
25. Wird Ihre Partei im Zuge möglicher Koalitionsverhandlungen und durch mögliches konkretes Regierungshandeln eine wegweisende Kampagne zur Förderung des Öko-AHV auf den Weg bringen und dadurch den Absatz regional erzeugter Bio-Produkte verstetigen?